

BRONSKIS WOCHE

Viele Menschen haben Angst vor künstlicher Intelligenz. Warum eigentlich? Weil wir das Konzept nicht richtig verstehen? Weil mal wieder etwas gemacht wird, ohne dass man gefragt wird? Oder weil künstliche Intelligenz uns übertrifft? Sie könnte wohl einiges besser machen, als wir es vermögen, oder?

Kürzlich kamen wir nach einer meiner Lesungen auf dieses Thema zu sprechen. Der Knackpunkt ist dann erreicht, wenn künstliche Intelligenz anfängt, „Ich“ zu sich zu sagen. Dann wird sie zur Persönlichkeit. Damit stünden ihr Menschenrechte zu – oder das KI-Äquivalent dazu. Wir betreten hier ein völlig neues Feld der Juristerei. Und überhaupt: der Evolution. Es geht mal wieder alles so schnell, dass wir Menschen mit Entwicklungen wie dieser nicht Schritt halten können. Wir haben keine Zeit – oder nehmen sie uns nicht –, um zu begreifen, was eigentlich geschieht. Das hat schon Günther Anders kritisiert, ein Philosoph, der in den 1950er Jahren „Die Antiquiertheit des Menschen“ geschrieben hat. Das Buch ist immer noch lesenswert: Der Mensch hält seinen Entwicklungen nicht stand. Vielleicht kann KI es besser?

Reden Sie mit:
frblog.de/homo-sapiens
Wir lesen uns. Ihr Bronski

Den meisten geht es zu gut

Kolumne: „Der geläuterte Kassenpatient“, FR-Meinung vom 11.7.

Lieber Michael Herl, Ihre letzte Kolumne war in vielerlei Hinsicht treffend. Ähnliches habe ich auch erlebt, im Krankenhaus und unter Bekannten. Kaum mal einen, der zu zufrieden war. Das Essen war schlichtweg Fraß. Ich fragte mich, was die wohl zu Hause essen? Mir hat es immer geschmeckt. Es stimmt, den meisten geht es viel zu gut.
Josef Ullrich, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/kliniken

Geschlossener Kreislauf

Zu: „Wo bleibt der grüne Wasserstoff?“, FR-Klima vom 8. Juli

„Wo bleibt der grüne Wasserstoff? Die Frage deckt leider nur einen Teil der notwendigen Diskussion ab. Das Gasnetz ist die wichtigste Ressource für die Verteilung von sekundären Energiespendern in der Zukunft. Was fehlt, ist eine Untersuchung – oder falls vorhanden – die Diskussion über den Entwicklungsstand der Power-To-Gas-Umwandlung bis hin zum geschlossenen Kreislauf: Strom → Wasserstoff aus Elektrolyse → CO₂ → katalytische Konversion in Methan → Verbrennung zu CO₂ (→ Rückführung in den Kreislauf zur Methanherstellung). Hier ist alles drin, einschließlich geschlossener Kreislauf bei Neubauten.
Joachim Kaysser, Kelkheim

Die kleinste Regierungspartei hat das größte Gewicht

Verfassungsgericht stoppt Beratung zu Heizungsgesetz: „Schlag für die Ampel“, FR-Meinung vom 7.7., und „Liebe FDP: Verbote müssen sein!“, FR-Politik vom 8.7.

Grundloses Selbstbewusstsein

Zur Kritik an der Bundesregierung schickt die Redaktion drei Damen vor, die mir als Leser eher unbekannt sind, denen ich aber weitgehend zustimmen kann. Allerdings frage ich mich, was Frau Donatsch veranlasst, Christian Lindner „Charisma“ zu attestieren, ich konstatiere bei ihm von jeher rhetorisches Talent, gepaart mit einer guten Portion Arroganz, eine Kombination, die ein Kabarettist vor einiger Zeit treffend als „grundloses Selbstbewusstsein“ charakterisierte. Dieses Prädikat trifft auch für die Dame an der Spitze der Grünen und die Außenministerin zu, wobei ihr auch noch das rhetorische Talent weitgehend abgeht.

Es ist ein Dilemma der politischen Entwicklung, dass rhetorisches Geschick und inhaltliche Substanz oft weit auseinander liegen, wir aber bei weniger wortgewandten Politikern leicht dazu neigen, an ihren Fähigkeiten in der Sache zu zweifeln, ein Ergebnis auch der langjährigen Talkshow-Unkultur unseres Landes.
Rainer Boos, Frankfurt

Weniger als 2450 Euro monatlich

Die „Freien Demokraten“ echauffieren sich ob der Ungleichbehandlung von Frauen, da eine Familienministerin aus den Reihen ihrer Lieblingsfeinde vorhat, den Einkommenshöchstbetrag für den Bezug von Elterngeld auf 150 000 Euro zu halbieren.

In welchen Kreisen unserer Gesellschaft leben diese Menschen, die ein Monatseinkommen von 25 000 Euro (die bis jetzt gültige Obergrenze von 300 000 Euro im Jahr) als für ihre Klientel förderungswürdig, aber einen Mindestlohn von 14 Euro je Stunde für nicht finanzierbar erachten? Das entspricht weniger als 2450 Euro im Monat oder 30 000 Euro im Jahr!

Die „Freiheit“ dieser „Demokraten“ beschränkt sich offenbar auf die Freiheit, mit 200 km/h im Porsche über unsere Auto-



In Füssen wirkte Kanzler Olaf Scholz (SPD) gut gestimmt. Ob ihm der Zustand seiner Regierungskoalition auch so viel Spaß macht? DPA

bahnen zu fahren und soziale Komponenten in der Gesellschaft als Wurzel alles Bösen zu betrachten.
Bernd Neuner, Langen

Ein Freibrief für Wissing, um Ziele zu verfehlen

Grotesk. Die FDP, zuständig für die demokratische Freiheit des Einzelnen, setzt im Ampelkabinett die gesamtschuldnerische Haftung durch. Nicht der Einzelne versagt – nein, dessen Fehler und Nicht-Leistung müssen alle anderen Ministerien mittragen. Eine Farce der Freien Demokraten, die Eigenverantwortung predigt: „Jeder ist seines Glückes Schmied!“ „Leistung muss sich lohnen!“ Grotesk: Jetzt will sie

selbst die Sozialisierung von Wissings Fehlleistungen wie Die Linke: „Jeder (vor allem die mit den breiten Schultern) trage das andere Last!“

Wird der Ampel-Kompromiss ein Freispruch erster Klasse für FDP-Minister Wissing? Ein „Weiter so“? Nach dem Motto: Mir kann ab jetzt ja keiner! Wenn, dann haben doch alle Schuld an seiner Misere, das wird sogar ein Freibrief, wie bisher Zielvorgaben zu verfehlen.

Herr Lindner macht personenbezogene Parteipolitik statt des geschworenen Eids, dem Wohle des Volkes zu dienen. „Niemand kann zwei Herrn dienen“, dem Volk und der Partei: Bei der SPD und den Grünen ist Partei und Staat personell ge-

trennt. Aber was ist mit Herrn Lindner, der nur ein Ziel hat: Stimmenfang zum Wohl seiner Partei und derzeit Schutz seines Parteikollegen? Er betreibt „Rein-Waschen“, allen Dreck auf alle Abschieben. Er wechselt dabei von rechts nach links, wie's ihm gefällt. Als Sauerländer würde Herr Merz sagen: „Kein Kopp und kein Äss!“

Herr Wissing hat und kann gut reden: ein „Blender“. Im Fußball ist das so: Wer mies spielt, Eigentore fabriziert, nicht voll für das Ziel aller eintritt, sondern verhindert, wird ausgetauscht. So vor kurzem die Dame in der Verteidigung für weniger. Hier liegt Kanzler Scholz' Versagen. Er ist inkonsequent zu Lasten seines Kabinetts, des Volkes, der Umwelt, unserer Erde.

Hans-Karl Ortman, Hofheim

Alles zu Lasten künftiger Generationen

Die kleinste Partei im Bundestag bestimmt mal wieder über das Wohl und Wehe der Jüngsten in unserem Land. Alles bremst sie aus, nur nicht das Tempo auf den Autobahnen. Kinderarmut, Klimawandel, alles soll zu Lasten künftiger Generationen gehen, nur damit die Reichen noch reicher werden und mit Porsche und Privatfliegern über Autobahnen oder nach Sylt jetten können.

Dazu nehmen sie noch weltweit vielen Menschen die Lebensgrundlage. Welch eine grenzenlose Freiheit nehmen sie sich da heraus, die nicht mal das (Über-) Leben der anderen respektiert! Weder auf unseren Straßen, auf denen ein Tempolimit die Zahl der tödlichen Unfälle reduzieren würde, noch in den Ländern, die vom Klimawandel besonders betroffen sind.

Die Folge dieses asozialen Verhaltens ist insbesondere die Stärkung der ebenfalls asozialen AfD. Und die Unionsparteien, denen ich am liebsten das C streichen würde, schauen grinsend zu, weil der Unmut über die Regierung und die Politikverdrossenheit zunehmen.

Annegret Benz, Hamburg

Diskussion: frblog.de/waerme

Je höher das Einkommen, desto größer der Steuervorteil

Zu: „Ehegattensplitting für neue Ehen abschaffen“ und „Die Zukunft wird kaputtgespart“, FR-Politik und -Wirtschaft vom 10. Juli

Über das Ehegattensplitting wird seit mehr als 50 Jahren diskutiert, jedoch leider nicht mehr so viel, seit gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt sind. Zu wenig wird bewusst, wem dieses auch bevölkerungspolitische Instrument die größeren Vorteile bringt. Die Steuerersparnis liegt bei einem gemeinsamen Einkommen von 50 000 Euro bei 4800 Euro, bei 70 000 Euro bei rund 7000 Euro, bei 100 000 Euro bei 9300 Euro. Je höher das Einkommen, desto größer ist der Steuervorteil. Oft wurde über eine sinnvolle Deckelung diskutiert, dazu war die Politik nicht fähig. Nun liegt der Haushaltsentwurf für 2024 vor: Einsparungen

bei Studenten-Bafög, Kindergrundsicherung, Pflegeversicherung, beim Elterngeld für höhere Einkommen. Finanzminister Lindner möchte unbedingt die Schuldenbremse einhalten. Sie soll kommende Generationen vor finanziellen Lasten schützen. Dazu H.J. Urban von der IGM in der gleichen Zeitung: „Worin soll die Zukunftsvorsorge bestehen, wenn wir etwas weniger Staatschulden haben, dafür aber über keine Brücke mehr fahren können (...) und die Verschärfung der Klimakrise erleben?“

Notwendig wäre nach Meinung vieler Volkswirtschaftler, für Infrastruktur, Bildung und Klimavorsorge sehr viel Geld

auszugeben (s. USA). Die FDP verspricht stattdessen eher Steuerermäßigungen. Dabei wird außer Acht gelassen, was allein der Erhalt der in den vergangenen 70 Jahren geschaffenen Infrastruktur jährlich kostet. Steuererhöhungen auf das Niveau der Kohl-Jahre wären notwendig.

Zur Lösung der Probleme schlägt der SPD-Vorsitzende Klingbeil die Abschaffung des Ehegattensplittings für neue Ehen vor, Urban sogar für alle Ehen. Ob das BVerfG damit einverstanden ist? Die Einkommen der Partner einer Ehe sind Familieneinkommen. Entsprechend ist das Splitting (ins Grenzen) grundsätzlich gerechtfertigt.

Sollte nur einer der Partner ein steuerliches Einkommen beziehen, so wäre der andere Partner formal „ohne“ Einkommen. Ich bezweifle, dass diese Situation zu besseren Ehen beiträgt.

Klingbeil kreide ich an, die Vorgaben der Lindner-Partei für die Haushaltsplanung zu akzeptieren. Die Einsparungen betreffen überwiegend den sozialen Bereich. Über die Unzufriedenheit (Mieten, Inflation, Heizung) und der daraus folgenden Präferenz für die AfD gibt es inzwischen viele Untersuchungen.

Peter Brandt sagte sinngemäß in der FR: Wieso kommt heutzutage die soziale Kritik von rechts? Hermann Könen, Fränkisch-Crumbach